

Wildenmann erwähnt. Bei anderen der allesamt kundigen Porträts mag sich nicht immer erschließen, warum die jeweilige Person eine nachhaltige Wirkung für das Fach oder für die Wissenschaft insgesamt erzielt haben soll. Überhaupt das Fach: Vielleicht sollte man auch Politikwissenschaftler mit berücksichtigen, die außerhalb des universitären Umfeldes arbeiten, etwa im Journalismus. In jedem Fall wird eine Neuauflage in einigen Jahren zeigen, dass viele der heute arbeitenden Politikwissenschaftler (jenseits der alten ideologischen Selbstbeschränkungen und ohne die universitären Wichtigtuereien früherer Zeiten) manchen der in diesem Band Behandelten in den Schatten stellen. Eckhard Jesse wird in jedem Fall dazugehören.

GERHARD HIRSCHER

Dialer, Doris / Neisser, Heinrich / Opitz, Anja (Hrsg.): *The EU's External Action Service: Potentials for a one voice Foreign Policy*, Innsbruck: innsbruck university press 2014, 204 Seiten, € 27,90.



Die Analyse der Fähigkeit der EU, in der Welt gemäß eigener Zielvorgaben möglichst effektiv aufzutreten, d. h. ohne dazu durch Krisen genötigt oder durch externe Akteure gedrängt zu werden, ist zentrales Anliegen des vorliegenden Bu-

ches zum Stand der EU-Außenbeziehungen. In dessen Fokus steht deshalb die Frage, ob und in welchem Maße der Vertrag von Lissabon es der EU ermöglichte, gegenüber dritten Staaten stärker als zuvor mit einer Stimme zu sprechen. Damit interessieren vor allem die Auswirkungen jener beiden Neuerungen, die die Institutionalisierung der Position des Hohen Repräsentanten / Vizepräsidenten der Kommission (HR/VP) und der Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) darstellen. Insofern unternimmt das Buch eine erste Bilanz des Wirkens der ersten „Doppelhut“-Trägerin Catherine Ashton und des unter deren Ägide auf den Weg gebrachten Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), für den inzwischen in Brüssel und in rund 140 Ländern in so genannten Delegationen der EU rund 3.400 Personen tätig sind, davon knapp 2.000 in den letztgenannten und gleichsam als EU-Botschaften fungierenden Einrichtungen.

Nach einer Einleitung durch die Herausgeber wird zunächst die für deren Außenbeziehungen maßgebliche institutionelle Entwicklung der EU vor Lissabon, also einschließlich der Solana-Ära, rekapituliert und an die damalige Verteilung – vorwiegend zwischen Rat und Kommission – relevanter Kompetenzen und Organisationseinheiten (RELEX Family, ECHO, Europe AID Office) erinnert. Die folgenden Artikel verweisen dann auf die einschlägigen Bestimmungen des seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 für die EU-Außenbeziehungen geltenden Regelwerks auf dessen organisatorisch-bürokratische Umsetzung und auf damit verbundene Aspekte der Legitimation, die idealiter durch einen Mehrwert aus geeigneten

Input- und Output-Leistungen zu sichern ist. Von Belang ist dabei nicht zuletzt die Frage, welche Folgen sich aus den skizzierten Neuerungen für das in Brüssel und in den Delegationen mit den EU-Außenbeziehungen befasste Personal und dessen Strukturen und Arbeitsweisen sowie für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ergaben. Im Anschluss daran evaluieren drei Fallstudien, wie gut die neue institutionelle Struktur und die gelegentlich sogar als „triple-hatted“ beschriebene britische Baroness sich in den Kontexten der Krisen und Kriege in Mali, Syrien und Libyen bewährten, was nach allgemeiner Einschätzung nur hin und wieder in nennenswerter Weise der Fall war („the EU has largely failed ... and missed an opportunity“).

Zwei abschließenden Beiträgen bleibt es deshalb vorbehalten, den Ertrag (shared assets, co-locations etc.) der institutionellen Neuerungen und des neuen Gesichts der EU für deren Außenbeziehungen sowie deren weiteren Reformbedarf nochmals gesondert zu reflektieren. Dabei geht der eine Text (Formuszewicz / Liszczyk) stärker darauf ein, wie man in der Mitte des Jahres 2013 in den Brüsseler Headquarters des neuen Dienstes die eigene Arbeit und deren Rahmenbedingungen beurteilte und welche Reformvorschläge dabei formuliert wurden. Der Beitrag von Frontini und Ivan resümiert das Buch gewissermaßen und erörtert derlei Fragen eher aus einer Außenperspektive und thematisiert hierzu auch die mittelfristigen Herausforderungen und Anforderungen an die EU in einer speziell durch den Aufstieg so genannter Emerging Powers sich rasant verändernden Welt.

Dabei wird ein weiteres Mal deutlich, dass jene noch immer bestehenden Defizite an horizontaler und vertikaler Kohärenz der EU-Außenbeziehungen, die in verschiedenen Beiträgen, u. a. als Resultat von Tendenzen der Renationalisierung (v. a. in Diplomacy und Defence; vgl. das Zögern, die European Security Study zu aktualisieren), diagnostiziert werden, sich auch in Zukunft kaum beheben lassen werden, wenn es nicht besser gelingt, eine gleichermaßen realistische wie überzeugende Antwort auf die Frage zu finden, wo die nun schon seit längerem keineswegs krisenresistente EU und ihre teils ziemlich divergierend sich entwickelnden Mitgliedstaaten ihren Platz in der Hierarchie der Mächte von morgen sehen bzw. welche Rolle sie in einer künftig mutmaßlich weit stärker multipolar strukturierten Welt für sich anstreben sollten. Jedenfalls scheint es keine aussichtsreiche Strategie darzustellen, die im Staatenverbund der EU bislang oft nur unzuverlässig und inkonsistent miteinander kooperierenden Akteure moralisierend auf eine gesamteuropäische Staatlichkeit bzw. eine „single foreign policy“ der EU verpflichten zu wollen. Denn mit gesinnungsethischen Appellen dürften die skizzierten und weitere im Buch festgehaltene Defizite (wie ein verbreiteter Mangel an [geo-]strategischem Denken und [normativer] Führungskraft) und damit zusammenhängende Verletzbarkeiten (z. B. durch Verluste an Wettbewerbsfähigkeit und eine dadurch abzusichernde Geltung in den internationalen Beziehungen) und Anfälligkeiten (z.B. für externe Einflussnahmen, die eigenen Interessen und Werten häufig nicht dienlich sind) nicht so ohne weiteres zu beheben sein, wie in relevanten politischen und akademischen Diskur-

sen vielfach unterstellt oder erhofft. Zumindest könnten derlei Überlegungen bei der Rezeption der durchwegs informativen und lesenswerten Beiträge des vorliegenden Buches noch stärker beachtet werden als in diesen selbst.

KLAUS SCHUBERT

**Stanzel, Angela: Die
Volksrepublik China als
Akteur im heutigen Pakistan
– Nutzen und Risiken des
Aufbaus einer chinesischen
Machtbasis in Südasien.
Berlin: Köster 2013,
340 Seiten, € 29,80.**



Mit den Beziehungen zwischen Pakistan und China widmet sich die Sinologin Angela Stanzel einem aktuellen und hochinteressanten Bereich, der in der deutschsprachigen Forschung bisher wenig beachtet worden ist. Stanzel untersucht die politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen Islamabad und Peking und bezieht auch die Nachbarn Indien und Afghanistan sowie die USA in ihre Darstellung ein. In einer beachtlichen Forschungsleistung hat Stanzel 39 Interviews mit pakistanischen und chinesischen Diplomaten, Journalisten und Militärs geführt. Diese Gespräche, die die Autorin in Auszügen wiedergibt, bieten interessante Einblicke in die gegenseitige Wahrnehmung Chinas und Pakistans.

Leider ergeht sich Stanzel in überflüssigen Darstellungen der jeweiligen Geschichte Pakistans und Chinas, anstatt sofort in die Analyse des bilateralen Verhältnisses einzusteigen. Dabei referiert sie seitenlang sattem bekannte Fakten, etwa die wirtschaftliche Öffnung Chinas unter Deng Xiaoping, das Tiananmen-Massaker (1989) oder Zia ul-Haqs Putsch gegen Bhutto (1977). Derartige Schilderungen tragen nicht zum Verständnis der Beziehungen zwischen Pakistan und China bei und sind daher fehl am Platz. Kenner der Geschichte beider Länder können diese Abschnitte getrost überschlagen und sich den Bereichen des Buchs widmen, in denen die Autorin Pakistan und China zueinander in Beziehung setzt und die eigentliche Analyse vornimmt.

Stanzel identifiziert Indien als gemeinsamen Gegner Chinas und Pakistans und gelangt so zu ihrer Hauptthese: Islamabad und Peking kooperieren, um Neu-Delhi in Schach zu halten. Plausibel legt sie die indisch-sowjetische Annäherung in den 1950er-Jahren als Ursache für eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen China und Pakistan dar. Indien wird denn auch als das geostrategische Motiv hinter den aktuellen Projekten Chinas in Pakistan angeführt, etwa dem Bau eines Tiefseehafens in Gwadar. Anhand dieses Projekts schildert Stanzel sehr anschaulich, welch enormes Potenzial Pakistan für China hat: Der Hafen bietet dem Reich der Mitte Zugang zum Indischen Ozean und könnte langfristig Seewege in den Mittleren Osten eröffnen. Mit dem Ausbau des Karakorum-Highways, der Chinas Westprovinzen über Pakistan mit Gwadar verbinden soll, könnte China so eine Alternative zur potentiell von Indien kontrollierbaren Straße von Malakka